

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzweig einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Feilzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarifen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 265.

Dresden, Montag den 15. November 1909.

20. Jahrg.

Der Kieler Skandal.

Der Prozess wegen der Kleinenunterschleife auf der kaiserlichen Werft in Kiel, der nun schon länger als zwei Wochen verhandelt wird, ist zu einer Kleinenunterschleife, zu einem Panama für die bürokratische Verwaltung im besonderen und für die Bureaustelle im allgemeinen geworden. Die Zustände, die während der Verhandlungen ans Licht der Sonne kamen, erinnern lebhaft an schmutzige Idyllen. Aufsichtsbearbeiter, die offen zugeben, von den Dingen, die ihrer Aufsicht unterstellt sind, durchaus nichts zu verstehen; fast ungläubliche Unkenntnis über Materialien deren Wert des Jahres Einkommen eines Arbeiters weit übersteigt; die bestimmte Dezimalwage, die „vielleicht hundert Jahre alt“ ist, mit der aber trotzdem immer gewogen wurde; Aktenstücke, die auf „unerklärliche Weise“ aus dem Anlagematerial verschwinden; falsche Urteile, die gleichfalls „auf unerklärliche Weise“, vielleicht unter gültiger Mitarbeit von Bombastus-Geistern, unter den Berichtsbögen auftauchen; alles das sind Bilder, die nicht übersehen werden, wenn sie russischer Herkunft wären. Man würde als „vaterlandsloser Gelehrter“ verschrien, des Hochverrats wegen eine „Rutereinsicht“ beschuldigt worden, wenn man behauptet hätte: solche Dinge sind in Preußen-Deutschland möglich. Und nun wird es aller Welt kund und zu wissen getan, daß diese Zustände jahrelang ungeklärt bestanden; daß hier nicht auf die Schuld eines einzelnen Ungetreuen als Hauptverursacher hingewiesen werden kann, sondern daß ein System auf der Anlagewerft, ein System, auf dessen Entwicklung die deutschen Vertrieben mit vaterländischem Stolz blicken; daß in Kiel ein Skandal bloßgelegt wurde, dessen Gerüche übel zum Himmel empfangen.

Die unerhörten Dinge in Kiel haben inzwischen, wie wir bereits berichteten, das Reichsmarineamt „mobili“ gemacht. Vielleicht erklärt sich die „überraschende“ Geschäftigkeit mit den Verträgen, mit denen Tirpitz, der Staatssekretär des Reichsmarineamts, der bevorstehenden Eröffnung des Reichstags entgegensteht. Aber auch schon die „Geschäftigkeit“ hat ihre bedeutenden Seiten. Die Kommission zur Reorganisation der Verwaltung wurde Anfang 1909 eingerichtet. Aber bereits im Juli 1908 hat man die Hauptangelegenheiten hinter Schloß und Riegel gelegt, die übrigen spätestens August 1908.

Und die Leistungen und Vorschläge der Kommission? Es ist beim alten System geblieben, dem nur einige Reformen aufgedrückt werden sollen. Schon April 1910 soll z. B. die laufmännliche Verwaltung eingeführt werden. Wie man sieht, geht es auch in diesem Gebiete im berücksichtigten deutsch-preussischen Automobilbau. Im übrigen wird man neue Beamte und neue Instanzen schaffen, um den Betrieb, bei dem es sich um die Steuermissionen und Steuerzahler handelt, zu „modernisieren“. An dem System, die Beamten zu vergrößern, die aus der Front abgeschoben wurden, und Verjüngungsstellen zu bieten, darf nicht gerüttelt werden. Es handelt sich hier eigentlich um einen „Grundpfeiler“ der Kultur und Freiheit.

In Frankreich hat die Ausbedingung von Marineinspektoren dem verantwortlichen Minister das Genick gebrochen; in Deutschland herrscht Tirpitz für April 1910 „eingreifende“ Reformen vor. Denn die Meldung, daß er in Erwartung der kommenden Erweiterungen im Reichstage anfangs, endlich an den Reichstagspräsidenten zu denken, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß Tirpitz den Sturm im Reichstage gesund und fröhlich überlebt, wenn „man“ nicht genügt ein solches, auf die „treue und pflichterfüllte“ Arbeit des erprobten Dienstmannes zu verzichten. In Preußen-Deutschland ist eben alles möglich.

Aber der Sturm wird kommen. Bereits ist von der freimütigen Fraktionsgemeinschaft folgende Interpellation eingebracht worden:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um Unregelmäßigkeiten und Unklarheiten im Bereich der kaiserlichen Werften, wie solche durch die Verhandlungen vor dem Kieler Schmutzgericht bekannt geworden sind, in Zukunft zu verhindern? Ist insbesondere der Herr Reichskanzler bereit, unverzügliche Anordnungen zu treffen, durch die eine parlamentarische Kontrolle, sowie eine nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichtete Buchführung und eine wirksame Kontrolle im Werftbetriebe gesichert wird?“

Als Urheber der Interpellation werden die Abgeordneten Dr. Rehnardt und Dr. Strube genannt. Es ist darum doppelt interessant, auf einen Artikel hinzuweisen, den Strube-Kiel im Berliner Tageblatt veröffentlicht. Strube weist darauf hin, daß die Angelegenheiten, vor allem Frankenthal, von der Ansicht ausgehen, der Staat ist die beste Verteidigung, schweres Geschütz gegen die Anlagewerke und namentlich gegen den Schandrian auf der Werft“ vorgeführt hätten. Dann meint er aber, man müsse sich allerdings vor dem Fehler hüten, alle Angaben Frankenthals über das Unkaufmännliche auf der Kieler Werft für bare Münze anzunehmen. Frankenthal sei ein unter schwerem Verdacht stehender Angeklagter; er wehre sich seiner Haut, so gut er könne; je mehr er von den Eigenarten des Werftbetriebes erzähle, um so eher werde bei den Geschworenen der Eindruck, er habe nur seine eigenen Materialkenntnisse und seine besonderen kaufmännischen Fähigkeiten ausgeführt. Strube will sich nur auf die Aussagen des Werftbetriebsbesizers und Sachverständigen stützen und kommt dann am Schluß zu seinen in der erwähnten Interpellation formulierten Forderungen.

Strube vergißt, daß bisher die Angaben Frankenthals über das geradezu ruffisch onmutende Verwaltungssystem auf der Kieler Werft nicht entkräftigt worden sind. Allerdings unternahm der

erste Staatsanwalt Grefrath, der Vertreter der Anklage, den Versuch, die Werftverwaltung zu entlasten. Er berief sich darauf, es sei seine Pflicht, den Herren Geschworenen und zugleich der öffentlichen Meinung ein günstigeres Bild von der Werftverwaltung zu zeigen. Er sprach „im Interesse der Reichs- und Staatsbetriebe, das auch im Interesse der Justizbehörde ist“. Sein Versuch ist ihm gründlich vorbeigelungen. Er mußte vorbeigelungen, um so mehr, als selbst die Verwaltungsbehörden starke Scheu zu empfinden scheinen, Licht in alle Winkel leuchten zu lassen. Wenn es möglich wäre, die Anlagen des Angeklagten Frankenthal als falsch zu erweisen, hätten sie gewiß nicht daran gedacht, verschiedenen Beamten unter Hinweis auf das Dienstgeheimnis die Möglichkeit zu Auslagen zu nehmen. Hinzu kommt noch, daß die Beamten, die als Zeugen vernommen werden, ihre Auslagen mit vorsichtiger Reserve abgeben. Die Antworten auf Fragen des Vorsitzenden nach Dingen, die in das Arbeitsgebiet des betreffenden Beamten fallen, lauten nicht selten stereotyp: „Das weiß ich nicht.“

Strube deutet in seinem Artikel an, der Reichstag müsse eine parlamentarische Untersuchungskommission fordern, deren Aufgabe es sei, zu prüfen, wie die Handhabung auf den Werften durch „energische großzügige Kaufleute und Techniker und aus den Marinekreisen besonders erprobte Zahlmeister, die den Kaufmannsdienst in der Flotte selbst durchgemacht haben“, zu reorganisieren sei. Er scheint zu fühlen, daß der allerdings bequeme Versuch unternommen werden wird, bei der Beantwortung der Interpellation auf die „großzügigen“ Arbeiten der berühmten Kommission zur Reorganisation der Verwaltung hinzuweisen. Dem soll durch die Untersuchungskommission vorgebeugt werden. Mit Recht zweifelt aber der Vortragsredner, daß sich der Eifer der bürgerlichen Organe, die jetzt auf „durchgreifende Maßnahmen“ bringen, bis zu den Reichstagsdebatten frisch erhalten werde. Um so mehr wird es Aufgabe unserer Fraktion sein, rüchsiglos auf die Schäden hinzuweisen, die durch das unheilvolle Regiment der deutsch-preussischen Bureaokratie angerichtet werden. Der Kieler Fall ist nur ein Einzelfall; es gilt einen entschlossenen Vorstoß gegen ein System, das sich durch Unfähigkeit, Beschränktheit, engberzigte Kleinlichkeit und Unfruchtbarkeit bis zur Grenze des Möglichen bloßgestellt hat.

Kossuth aus der Kossuth-Partei ausgeschieden.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 12. November 1909.

Ungarn steht vor neuen umwälzenden Ereignissen. Die bisherige stärkste Partei des Abgeordnetenhauses, Trägerin und Mittelpunkt der Koalition, die Unabhängigkeitspartei Kossuths, hat sich gespalten, die Majorität der Kossuthianer hat Kossuth den Laufpaß gegeben. Dieser Ausgang der Sache kam überraschend; noch in der vergangenen Woche war die Meinung allgemein, Kossuth werde sich, um die Einheit der Partei zu retten, zu dem radikalen Flügel schlagen. Die Logik selbst schien es zu fordern. Solange Kossuth in Ungarn Politik macht, vertritt er die Forderung der selbstständigen Bank — wie des selbstständigen Zollgebiets und der getrennten Armee —, also die Personalunion mit Oesterreich statt der im Ausgleich begründeten Reunion.

Als die Koalition mit dem Quäntismus festhaltenden Parteien geschlossen wurde, mußten jene Forderungen freilich zurückgestellt werden, doch wurde in dem letzten Ausgleich ausdrücklich und gesetzlich festgesetzt, daß Ungarn freie Hand habe, im Jahre 1911 die selbstständige Bank zu errichten. Das drängende Datum war eine der Ursachen der Koalitionskrise. Die dem Quäntismus treuen, sogenannten siebenbürgischen Parteien, mit dem Ministerpräsidenten Wierle an der Spitze, legten sich für die Fortdauer der gemeinsamen Bank ein, forderten aber vom Kaiser militärische Konzessionen. Kossuth machte Vorschläge, die auf ein Provisorium hinausgingen, denn schon um diese Zeit begann in seiner Partei die Gegenströmung anzuschlagen.

An der Spitze der Separatisten stand der Präsident des Hauses, Jusch. Mit etwa 20 oder 30 Mann eröffnete er im Frühommer den Kampf für die sofortige Einrichtung der besonderen ungarischen Bank. Diese „Bankgruppe“ nahm sichtlich an Anhängern zu; zu ihr stießen alle, deren persönliche Eitelkeit durch das herrschende System nicht befriedigt war, oder die ehrlich an den alten demokratischen Grundgedanken der Unabhängigkeitspartei festhalten wollten. Und nach und nach zog sie auch andere freiheldliche Forderungen hervor: Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und die Verählung mit den nicht-magyarischen Nationalitäten wurden von Jusch am vergangenen Sonntag auf das Papier geschrieben. Immer erkennbarer wurde es ein Zweikampf zwischen Jusch und Kossuth. Aber Kossuth wagte keine offene Entscheidung, halte er sich doch zeitweilig für das eingeleitete, was jetzt die Opposition forderte. Als am Sonntag Jusch nach Kolo, wo eine laute Kundgebung für die ungarische Bank veranstaltet wurde; zu dem Bankett Kossuths in Budapest landete er bloß eine Minderheit ein. Doch das letzte Wort wurde nicht gesprochen. Wenn der Sohn des großen Kossuth, des ungarischen Nationalheiligen, wollte, war die Einheit der Partei auch jetzt noch zu retten, und er brauchte nicht einmal zu wider-

rufen, da er sich mit deutlichen Worten noch nie gegen die getrennte Bank erklärt hatte.

Die Entscheidung brachte die gestrige Konferenz der Unabhängigkeitspartei. Man kann nicht einmal von einer Kraftprobe sprechen: Kossuth wußte genau, daß die Mehrheit seiner Partei gegen ihn war. Nun stellte der Anhänger Juschs, Holla, den Antrag, daß die Partei ausdrücklich auf die sofortige Einrichtung der getrennten Bank verpflichtet und ohne alle Koalition eine reine Parteiregierung errichten solle. Er begründete die Resolution mit den alten Grundgedanken der Partei und damit, daß der Kaiser gewiß nachgeben werde, wenn ihn nicht mehr wie bisher Minister aus den Reihen der siebenbürgischen Parteien umgeben und gegen die Forderung einnehmen würden. Kossuth erwiderte, er sehe nach wie vor für die selbstständige Bank ein, aber augenblicklich sei sie undurchführbar, man dürfe durch einen Konflikt mit dem König nicht alles, was man bestrebt, aus Spiel setzen. Die Sprache der Wählung, nie sehr wirksam, war es hier um so weniger, als man weiß, wie sehr sich Kossuth an sein Amt klammert. Nur 74 Kossuthianer erklärten sich bei der Abstimmung für Kossuth, 120 gegen ihn. Er legte sofort die Würde des Parteipräsidenten nieder und verließ die Saal seinen Austritt aus der Partei. Mit den ihm zugebliebenen verließ er den Saal, um in einem anderen Versammlungsraum sofort eine neue Partei zu bilden, die den Namen „Achtundvierziger und Unabhängigkeits-Kossuthpartei“ führt.

Der ganze Vorgang dürfte in der Geschichte der Parteien kaum seinesgleichen haben. Wie ein Zauberwort wirkte der Name Kossuth. Als Franz Kossuth nach des Vaters Tode nach Ungarn kam, erhob ihn die Unabhängigkeitspartei sofort zu ihrem Führer. Sie trug seinen Namen, sein Name führte sie von Sieg zu Sieg. Von einer oppositionellen Fraktion sind die Kossuthianer zur herrschenden Partei emporgekommen, und so groß war trotz seiner intellektuell geringen, moralisch fragwürdigen Eigenschaften das Ansehen des Führers, daß bei den letzten Wahlen völlig unbekannte Leute siegten, wenn sie den Wählern ein Empfehlungsschreiben Kossuths vorweisen konnten. Und heute, vier Jahre später, die völlige Spaltung. Der Entschluß Kossuths gibt ein Rätsel auf. Er war an der Spitze der mächtigsten Partei unumschränkter Herr im Lande. Hat er alles dem Ministerpostenfleisch geopfert? Doch nach dem Hofe ist er nur als Häuptling seiner Anhänger etwas; ohne diese nichts. Zudem fehlt schon jetzt die Mehrheit im Hause. Auf die Seite Juschs tritt die unabhängige Linke, die sich schon früher von der Koalition abgespalten hat, treten Demokraten und Erben. Eine Gegenkoalition von 170 gegen eine Koalition von kaum 190 Mann! In den Händen der Kroaten liegt die Entscheidung. Ein unmöglicher Zustand. Und in der Tat hat auch Kossuth vom Appell an das Land, von Neuwahlen gesprochen. Allein mit bloßer Gewalt hat schon Tisza eine Volkströmung dergestalt einzudämmen versucht. Wehrt also Kossuth, der Sohn des „Rebellen“, zu den vielen, die in Ungarn zugrunde gingen, weil sie sich dem Willen der Hofburg beugten? Man kann nicht glauben, daß Kossuth das nutzlose Opfer gebracht hätte. Man schlußfolgert daher, er hätte Zugeständnisse vom Hofe erhalten, mit denen ausgerüstet er die Stimmung des Landes zu gewinnen hofft. Und weil dies der neue Pakt sei, beziehe sich der Kaiser auch nicht die österreichische Krone zu schlichten, sondern lasse Wiener Wirtschaften. Das österreichische Parlament würde sich nämlich in die Transaktionen mit Ungarn unheimlich einmengen.

Für heute beabsichtigen die Regierungsparteien den Hauspräsidenten Jusch durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen. Er kam dem zuvor, indem er zu Beginn der heutigen Sitzung keine Demission einbrachte. Doch schon bei der Bestimmung des Alterspräsidenten zeigte sich eine heillose Verwirrung. Das Haus war vollzählig wie noch nie, dennoch geboten die Regierungsparteien über keine Mehrheit. Drei vier Stimmen können entscheiden. Unter solchen Umständen kann, wenn das neue Ministerium, das im wesentlichen aus Mitgliedern des alten Kabinetts bestehen soll, nächste Woche gebildet wird, kaum etwas anderes vorgenommen werden als die Auflösung des Hauses. Die wäre aber kaum noch in diesem Jahre durchzuführen, weil die Neuwahlen nur zu einem solchen Zeitpunkt dürfen ausgeschrieben werden, daß noch Zeit bleibt, den Etat des kommenden Jahres parlamentarisch zu erledigen. Es ist eine Lage voll Unsicherheiten, Gefahren, das Chaos jenseits wie diesseits der Leitha.

Zwischen Szylla und Charybdis.

Von unserem Ch. R.-Korrespondenten.

Paris, 13. November.

Die große Debatte über die Wahlreform, die manchmal recht stürmisch verlief, ist beendet. Das Ergebnis ist: Der Minister der „Verwirklichungen“ hat keine ganze Regierungsgewalt dazu gebraucht, um eine große demokratische Reform ins unbestimmte abzuschleppen. Sein erster Schritt, wenn man von der Wiederherstellung der Todesstrafe abläßt, ist ein Vergleich einer von ihm selbst als notwendig erkannten Reform.

Die Umstände, die dieses Resultat herbeiführten, werfen ein großes Licht auf die herrschenden Parteiverhältnisse. Die Wahlreform — Listen- und Proporzwahl — ist, wie jedermann weiß, eine elementare Forderung der Gerechtigkeit und als solche kann sie nicht der herrschenden Kammer mehrheit, sondern der unter-